

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen, illustrierten Beilagen, „Kinderfreund“ sowie „Welt und Zeit“. Das „Volksblatt“ ist das Substitutionsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Georg Wierwille 6, Bernauer-Strasse Nr. 246/6, 246/7, 246/8. Persönliche Auslieferung Montag von 12 bis 1 Uhr. — Anzeigenamt: eingetragene Manuskripte ist stets das Honorar beizufügen.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg.

Bezugspreis monatlich 1,70 RM. und 0,30 RM. Zusatztarife für den Postweg. — Einzelheft 2 Pf. — Die Abnehmer 1,50 RM. Postbezugspreis monatlich 2 RM. ab Postamt aber vom Postboten ausgehelt 2,40 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,30 RM. Anzeigenpreis 12 Pf. im Einzelheft und 50 Pf. im Rahmen der 20 Zeilen. — Satzpreis für die 1. u. 2. Seite: 6 Pf. Druckereibeilagen m. b. d. G. Große Druckerei 6. Bernauer Str. 246/6, 246/7, 246/8. Postfachkonto 203 19. Verleger.

Die Reichsschul-Entscheidung der Deutschen Volkspartei.

Weder für die Konfessions- noch für die Simultanschule.

Braunschweig, 22. November. (Eig. Draht.) Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, der am Montag in Braunschweig tagte, nahm zum Reichsschulgesetz eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Die Vorlage eines Reichsschulgesetzes ist in der Reichsverfassung gefordert, an deren Bestimmungen die gegebenen Faktoren gebunden sind. Die Deutsche Volkspartei hat die Aufgabe, auf der gegebenen Grundlage für eine liberale Ausgestaltung des Schulwesens einzutreten. In Ausführung ihrer auf dem Leipziger Parteitag im Jahre 1919 programmatisch festgelegten Grundzüge und unter Anlehnung an die geschichtliche Entwicklung fordert der Zentralvorstand daher: 1. Neben Sicherung der konfessionellen Befugnisse in ihrer geschichtlich gewordenen Art dauernde Erhaltung der christlichen Simultanschule. 2. Angleichung der in der Reichsverfassung bevorzugten Gemeinschaftsschule an die christliche Simultanschule. 3. Sicherung der Selbstbestimmung gegen jeden Versuch einer totalitären Vereinnahmung des gesamten Unterrichtes in der Simultanschule. 4. Unbedingte Erhaltung der Befreiungsbefugnisse des Schulsystems eines Schulverbandes. 5. Volle Aufrechterhaltung der Schulhoheit des Staates, auch für den Religionsunterricht.“

wied. (1) Unbedingte Erhaltung der Simultanschule in den Simultanschulgebieten. (2) Einführung einer zweiten christlichen Schulform durch die Christliche Gemeinschaftsschule. Mitarbeit der Gemeinden beim Antragverfahren schon aus finanziellen Gründen. Stadtrat Stettiner (Königsberg) rechnete der Lage vor, daß allein die Wehrlosen aus der Durchführung der Reichsschulgesetzes für die im Königreich sich am stärksten mindestens eine Millen Raat bestreiten würden.

„Echt volksparteilich.“ Stresemanns Selbstenttäuschung. Meinung von der Regierungsteil.

Braunschweig, 22. Nov. (Rabionelung.) In einer Wahlversammlung erklärte am Montagabend Reichsjustizminister Dr. Stresemann u. a.: „Den Beschlüssen des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei zum Reichsschulgesetz werde man wieder nachgeben, sie seien echt volksparteilich. Die Partei entschiebe weder allein für die Konfessionschule, noch allein für die Simultanschule. Denn mehrte sich Stresemann gegen den Stahlhelm, der in Braunschweig von der Deutschen Volkspartei verlangt hätte, bei der Reichsparteileitung für eine Ablehnung der bisherigen Aufstellung einzutreten. Wenn die Deutschnationalen Braunschweig dem Stahlhelm mitgeteilt hätten, daß sie die Bedingungen des Braunschweiger Stahlhelms anerkennen, so befänden sie sich damit im großen Widerspruch zu ihrer Reichsparteileitung, denn wenn die Deutschnationalen seiner (Stresemanns) Außenpolitik nicht zustimmten, dann lägen sie gar nicht in der Koalition.“

Ueber den Bestand der Regierungskoalition erklärte Dr. Stresemann: „Bei Jahre bin ich Außenminister. Drei Jahre lang hatten wir Weihnachten eine Krise. Ob diese Koalition bis an das Ende des Reichstages bestehen bleibt, vermag niemand zu sagen. Entscheidend kommt zu Weihnachten die Krise. Die Ehe mit den Deutschnationalen ist keine Liebesheirat, sondern eine Veranlassung und 25 Jahre lang wird sie sicher nicht dauern.“

Wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, sind bei der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Braunschweig folgende grundsätzliche Forderungen erhoben worden: Anerkennung des Wertes der Konfessionsschule, aber keine konfessionelle Vereinnahmung, weil davon sowohl eine Verstärkung der konfessionellen Gegensätze, wie eine indirekte Förderung der weltlichen Schule befürchtet werden.

Die im Reichsschulgesetz vorgesehene Angleichung der in der Reichsverfassung bevorzugten Gemeinschaftsschule an die christliche Simultanschule, die Angleichung der in der Reichsverfassung bevorzugten Gemeinschaftsschule an die christliche Simultanschule, die Sicherung der Selbstbestimmung gegen jeden Versuch einer totalitären Vereinnahmung des gesamten Unterrichtes in der Simultanschule, die Unbedingte Erhaltung der Befreiungsbefugnisse des Schulsystems eines Schulverbandes, die Volle Aufrechterhaltung der Schulhoheit des Staates, auch für den Religionsunterricht.

Ein Zukunftsbild aus dem Jahre 2000.



Im Jahre 2000 sieht unter den deutschen Monarchisten fürchtbarer Streit, ob die Linie Hohenzollern-Domela oder die Linie Hohenzollern-Zoubkoff zur Kronfolge berufen ist!

Sörgiebel greift durch.

Berlin, 22. November. (WZ.) Auf Grund einer Zeitungsmeldung, wonach ein seltsamgenannter Arbeiter auf einer Berliner Postgewächse geprügelt worden sei, ordnete der

Polizeipräsident eine Untersuchung an, die nunmehr ergeben zu haben scheint, daß der Beamte sich tatsächlich vergangen hat. Der Polizeipräsident hat veranlaßt, daß der Beamte keinen Dienst mehr macht und daß die Wachen unverzüglich der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

Die belgische Regierung ist zurückgetreten.

Sturz über die Militärfrage. - Austritt der Sozialisten. Jaspars unmögliche Bedingungen.

Brüssel, 22. Nov. (Rabionelung.) Ueber die letzten Vorgänge im Ministerrat, die zum Rücktritt der belgischen Regierung führten, erfährt der Korrespondent des Soz. Pressebüros folgende Einzelheiten: Die dreitägige Sitzung war zum größten Teil ausgefüllt mit der Erörterung der laufenden Geschäfte. Erst nach Schluß wurde die Militärtage angehängt. Die nun einsetzende Debatte war verhältnismäßig kurz. Der Kriegsminister de Broqueville ließ sofort durchblicken, daß die Aufnahme, die der Plan einer Separation der Dienstzeit auf sechs Monate beim Generalstab der belgischen Armee zuzubeden hatte, eine derart war, daß es unmöglich sei, eine Vorlage im verpropierten Sinne dem Parlament zu unterbreiten. Ministerpräsident Jaspars (Jung) sprach ein Kommando vor, das in Wirklichkeit gar keine war, nämlich die Herbeiführung des gesamten Fragekomplexes an eine gemischte Kommission von Parlamentariern und Sachverständigen. Diese solle nicht nur die Frage der Dienstzeit, sondern auch das Problem der belgischen Armierung und des Adressen zu prüfen haben. Die sozialistischen Minister wandten darauf sofort ein, das drei verschiedenen Fragen ebenfalls durch das Kabinett selbst behandelt werden können, daß es aber auf keinen Fall angängig sei, die Herabsetzung der Dienstzeit auf sechs Monate dem vorherigen Einigung über die belgischen Militärtage abhängig zu machen. Lediglich betweife die Haltung des Generalstabes nur zu befehlen, daß dieser von einer sechsmonatigen Dienstzeit nichts wissen will.

Jaspars Vorschlag war übrigens schon deshalb für die Sozialisten unannehmbar, weil er an die belgischen Militärtage verknüpft werden sollte, bis zu Bewilligung der Arbeiten der von ihm vorgeschlagenen gemischten Kommission keine Neben zugunsten der sechsmonatigen Dienstzeit im Lande zu lassen. (1) Diese Zustimmung lehnen die belgischen Kabinettsmitglieder entgegen dem ab. Daraufhin wurde der Rücktritt der Regierung beschlossen. Daß die bürgerlichen Parteien mit diesem Ausgang im voraus rechnen, läßt sich schon daraus schließen, daß Jaspars bereits im Laufe des Montagabend Unterredungen mit den Führern des linken Flügels der Katholischen Partei, dem sogenannten „Christlich-Demokraten“, hatte, um mit ihnen über die Umbildung der Regierung zu verhandeln. Es heißt, daß er die Absicht hat, an Stelle der vier Sozialisten zwei Liberale und zwei Christlich-Demokraten in die Regierung aufzunehmen.

Das jetzt zurückgetretene belgische Ministerium war eine Koalitionsregierung aus allen drei Hauptparteien des belgischen Parlaments: So-

zialisten, Katholiken und Liberalen. Die letzten Parlamentswahlen hatten folgende Zusammenlegung der Deputiertenkammer ergeben: 78 Katholiken, 78 Sozialdemokraten, 23 Liberale, 6 Mitglieder der flämischen Frontpartei und 2 Kommunisten. Es wurde zunächst eine Koalition gebildet, die nur die Sozialisten und den linken Flügel der Katholischen Partei, die Christlich-Demokraten, umfaßte und zu der die Liberalen in laescherster und die übrigen Katholiken in laterer Opposition standen. Die große Währungsreform im Frühjahr und Sommer 1926 ergab die Notwendigkeit einer rücksichtslosen Samentzungspolitik, die nur durch eine Regierungskoalition auf breiterster Grundlage durchgeführt werden konnte. Die große Mehrheit der Sozialistischen Partei stimmte daher der Umbildung der Regierung in ein Kabinett der „nationalen Einigung“ zu. Dieses wurde am 17. Juni 1926 gebildet, und es verblieben in dem vom Katholiken Jaspars geleiteten neuen Ministerium vier Sozialisten, Wandervelde als Außenminister, Guymans als Unterrichtsminister, Anjele als Eisenbahn- und Postminister und Bauteurs als Wirtschafts- und Arbeitsminister.

Jaspars bildet die neue Regierung. Die Christlich-Demokraten sollen ausbleiben.

Brüssel, 22. November. (Rabionelung.) Ministerpräsident Jaspars begab sich in den Abendstunden zum Königlichen Palast, dem er den Rücktritt der Regierung unterbreitete. Es wird allgemein erwartet, daß Jaspars heute, Dienstag, mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden wird. Er hatte noch am späten Abend eine Unterredung mit dem Führer der Christlich-Demokraten im Senat, dem Vater Auteurs, woraus allgemein geschlossen wird, daß die Bildung der Christlich-liberalen Regierung einschließlich der Christlich-Demokraten gescheitert ist. Allerdings sagt das liberale Organ „Independance Belge“ in seiner Sonderausgabe, daß wohl liberale Kabinettsmitglieder nicht genügen, weil dann das Verhältnis zwischen Katholiken und Liberalen sehr zu ihrer Ungunsten, so daß bei entscheidenden Fragen die Liberalen im Kabinett stets überstimmt werden können. Es müßte Stimmengleichheit erzielt werden (dabei verließen die Liberalen in der Kammer nur über 20 von insgesamt 187 Deputierten). Als künftiger Außenminister an Stelle Wanderveldes wird der Liberale und bisherige Finanzminister Dymans genannt.

Das jetzt zurückgetretene belgische Ministerium war eine Koalitionsregierung aus allen drei Hauptparteien des belgischen Parlaments: So-

Gehler protestiert gegen seine Bezeichnung.

Der Reichsfinanzminister hat an dem Mehrheit des Herrn Gehler eine ganze Reihe von Abfragen vorgenommen. Die Folge ist, daß man im Reichsfinanzministerium heute feststellt, daß die Bezeichnung „Reichsfinanzminister“ nicht eine ganze Reihe anderer Stellen geht. Dagegen hat das Reichsfinanzministerium unter dem Hinweis auf die Interessen der Bundesverteidigung entschieden protestiert. Eine Verständigung über die Abfrage wurde bisher zwischen den zuständigen Stellen erzielt werden, so daß sich jetzt das Reichsfinanzministerium mit diesem neuen hässlichen Streit innerhalb seiner Mauern befassen soll.

Verwaltungsreform.

Der Kabinettsauschuß zur Vorbereitung der Verwaltungsreform hielt am Montag seine dritte Sitzung ab. Er befaßte sich mit der Soz. Pressebüros erst kürzlich veröffentlichten in Aussicht genommenen Konferenz der Bundesminister über den Einheitsstaat. I. a. wurde auch ein Vorschlag erörtert, der darauf hinausläuft, den einflussreichsten Finanzministern ein Einspruchsrecht gegen Beschlüsse der Parlamente zu geben, die neue Ausgaben ohne Deckung vorsehen. Im Falle dieses Einspruchs sollen die Parlamente die beantragten Ausgaben nur durch eine qualifizierte Mehrheit bewilligen können.

Katholische Arbeitsgemeinschaft?

München, 22. November. (Sig. Draht.) Die Wiedervereinigung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei ist durch eine am Samstag in Regensburg abgehaltene Sitzung der sogenannten Verständigungskommission weiter gefördert worden. Das Ergebnis der vertraulich geführten Besprechungen lautet — wie der Sozialpolitiker berichtet, derart hin und her, daß die beiden Fraktionen des Reichstages eine Arbeitsgemeinschaft bezuziehen und den Wahlkampf im Jahre 1928 nicht gegeneinander, sondern gemeinsam zu führen. Durch die Arbeitsgemeinschaft soll die Echtheit dieser beiden Fraktionen nicht berührt werden. Dieses Ergebnis soll nacheinander der endgültigen Entscheidung der zuständigen Parteimitglieder unterliegen. Mit einer beiderseitigen Zustimmung ist bestimmt zu rechnen.

Pariser Gerichtssakrobatill.

Paris, 22. November. (Radiomeilung.) Vor dem Pariser Appellationsgerichtshof fanden am Montag mehrere Berufungsverhandlungen von Kommunisten Abgeordneten und Redakteuren statt, die vor einiger Zeit zu hohen Strafen verurteilt worden waren. Der Hauptfall war der des Abgeordneten Duclos, der wegen sechs Artikel über China zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. In der Berufungssitzung wurde die Strafe auf drei Jahre ermäßigt. Der Abgeordnete Martin erhielt fast zehn nur zwei Jahre Gefängnis. Auch in den übrigen Fällen wurde die Strafe ähnlich ermäßigt.

Land- und Bauernbund.

Berlin, 22. November. (Radiomeilung.) In einem Wahlkampfpromesse, den das Präsidium des Reichslandbundes gegen den Redaktionsrat des Deutschen Bauernbundes angestrengt hatte, wurde am Montag der Reichslandbund, daß der Reichslandbund durch abträgliche Angelegenheiten des Bauernbundes dessen Mitglieder zu sich herüberzuziehen veränderte und daß dieses Angelegenheiten des Reichslandbundes, das der Bauernbund habe, gegestigt wurde.

Außlands veränderte Außenpolitik.

Große Bedeutung nicht nur im Auslande dem Umfang, bei dem die vorbereitete Weltwirtschaftskrise, die demnach beginnt, auch von Ausland befragt wird, und zwar durch Sitinow, der zu den markantesten und einflussreichsten Köpfen des Sozialismus gehört. — Unter Bild zeigt Ruzin Sitinow, der 1876 geboren, aus der russischen Revolution den neuen Staat in London vertrat, dann selbstbetreuer Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten wurde und 1922 Mitglied der russischen Delegation in Genoa war. Sitinow hat die Handelsverträge mit Deutschland und Norwegen unterzeichnet.

Der gefälschte Tschernowez.

Eine politische Geldfälscher-Geschichte großen Stils.



Während die Unternehmung über die Fälschungsbänder ungarischer Papiere in Paris noch nicht zu Ende ist, hat man, wie bereits gemeldet, in Deutschland eine zweite Fälschungs-Affäre aufgedeckt, die in ihren Ausmaßen — wenn sie gescheit wäre — eine schwere Erschütterung nicht nur des russischen Staates, sondern vielleicht auch der damit zusammenhängenden europäischen Staaten hervorgerufen hätte. Anfangs hat im Jahre 1923 keine Fälschung, die ebenso, wie die deutsche, völlig ins Unberechenbare getrieben war, stabilisiert und als Zwangsangebotsmittel für Steuern und Zölle die Fälschungen eingeführt (Einsicht: Tschernowez), goldgediente Noten der russischen Regierung, die einen Wert von 10 Rubel Gold besaßen, also etwa 20 bis 21 Mark. Der Kurs dieser Tschernowez unterlag im Laufe der letzten Jahre heftigen Schwankungen, doch bestand es die russische Regierung, unter Aufsicht aller Kräfte, ihn einigermassen stabil zu halten. Das Ausland verlor das Vertrauen gegen die Tschernowez, jedoch nie; infolgedessen suchte Ausland den Verkehr dieser Noten in fremden Staaten nach Möglichkeit einzuschränken. Diesen Umstand, daß ein Kaufmann geliebter Tschernowez an einer Stelle fallen mußte, haben die Fälscher übersehen; so kam es, daß nach den ersten hundert Noten, die in Berlin aufkamen, die Fälscherelabteilung sofort eingriff und nach mehrwöchiger Beobachtung die Hauptabteiler führen festnehmen konnte. Der alles in diesen Stand, der sich zur größten Fälscherelabteilung ausbreiten wird, die man je kannte, bemerkt ist, wird erst die Unternehmung ergebnislos werden, mit einem Teil ihrer Fortsätze, die angeblich 100 Millionen darstellen sollen, zur Ausgabe bringen können, so hätte die genügt, den russischen Kurs zu erschüttern, gegebenenfalls vielleicht sogar Ausland zur Einziehung der Tschernowez und Ausgabe anderer Noten gezwungen. — Unter Bild zeigt eine russische Note über eine Tschernowez, wie sie von den Fälschern nachgemacht wurde.

Neue französische Festungswerke an der deutschen Grenze?

Paris, 22. November. (Radiomeilung.) Der Heeresauschuss der Kammer hat sich am Montag mit den Nachtragkrediten befaßt. Bei dieser Gelegenheit erfährt man durch das „Echo de Paris“, daß sich bei diesen Nachtragskrediten eine Bestimmung befindet, die den Bau von Festungswerken an der deutschen und italienischen Grenze ermöglicht. Der Kriegsminister erhält das Recht, die Verteidigungsorganisation der französischen Grenze mit besonderer Dringlichkeit durchzuführen. Die Höhe der Kredite für diese Festungsbauten wurde nicht angegeben.

Postfachwechsel in Rom

Angriffe gegen die französische Regierung. Rom, 22. November. (E.T.S.) „Tribuna“ und „Giornale d'Italia“ widmen dem von Rom scheidenden französischen Postchef Benard heftige Angriffs-

worte und betonen, daß es nicht an dem guten Willen des Postchefs gefehlt habe, die italienisch-französischen Beziehungen zu heilern. Diese Forderung könne nur erfolgen durch eine vollständige Änderung der Haltung des französischen Außenministeriums gegenüber Italien. Wenn es dem neuen französischen Postchef nicht gelinge, die Direktiven seiner Regierung zu ändern, so würde auch sein guter Wille nicht zu erreichen.

Kommunistenlag in der Türkei.

Konstantinopel, 22. November. (Sig. Draht.) Die türkische Regierung hat im Laufe der letzten drei Tage mehr als 80 intellektuelle und Arbeiter unter dem Verdacht kommunistischer Propaganda verhaften lassen. Die Verhaftungen erstreckten sich über das ganze Land und werden von der Polizei auf Einflüsse der 3. Internationale zurückgeführt.

Der beleidigte Oberländer. Der in der Fälscherelabteilung der russischen Tschernoweznoten dem Führer des Reichslandbundes Dr. Friedrich Bierer genannt. Dieser Führer, der in der Identifizierung der Tatbestand einer verurteilenden Verleumdung. Er hat deshalb bereits gegen die „Rote Fahne“ und deren Ableger im Bande Strafantrag gestellt.

Konjunktur und Kapitalmarkt.

Von Fritz Rappholl.

Die Produktionsfähigkeiten der deutschen Wirtschaft, besonders die Produktionsleistungen in der Rohlen- und Eisenindustrie, zeigen übereinstimmend seit dem Frühjahr des Jahres 1927 einen starken Aufschwung der wirtschaftlichen Aktivität in Deutschland. Wenn sich der niedrige Beobachter aber des Gefühls der Unsicherheit über den Fortgang der Konjunkturwidmung nicht erwehren kann, so liegen die Ursachen dafür im wesentlichen auf der Seite der Kapitalverwertung.

Die Ausweitung der Produktion, die nur seit Monaten erleben, erfordert einen lebhaften Zufluss von neuem Betriebs- und Anlagekapital in die Unternehmungen. Ein Teil dieses Kapitalbedarfs wird durch die deutschen Unternehmungen ohne Zweifel aus der Ansammlung der Gewinne in eigenen Hause gedeckt. Aber jene Kapitalbildung, die den öffentlichen Markt (den Markt für neue Wertpapiere oder Kredite in anderer Form) speist, hat in Deutschland während der letzten Jahre des Wiederaufbaus nicht mit der Entlastung der neuen produktionen Schritt gehalten. Er fand ihre Ergänzung in dem häufigen Zufluss von Auslandskapital. Es ist nur natürlich, daß gerade infolge der guten Konjunkturwidmung der Bedarf an ausländischem Kapital in der deutschen Wirtschaft angehalten hat. Dem entspricht, daß in den letzten Monaten noch erhebliche Anleihen durch öffentliche Körperschaften und private Unternehmungen im Auslande aufgenommen wurden. Wir stehen aber jetzt vor der Tatsache, daß der Neuaufnahme von Auslandsanleihen nicht nur durch die deutsche Veranlassung für Auslandsanleihen, sondern auch durch die amerikanische Neigung zu erweichlichen können. Diese Neigung ist gerechtfertigt, wenn wir an die Kampagne des Reichspräsidenten Dr. Schacht gegen die Auslandsanleihen öffentlicher Körperschaften und an die unzureichenden Diskussionen zwischen dem Reparationsagenten und der deutschen Reichsregierung hinsichtlich der deutschen Auslandsanleihen denken. Wenn, was im Augenblick durchaus noch nicht klar übersehbar, aber immerhin möglich ist, eine Störung im Zufluss ausländischen Kapitals bei einer gleichzeitiger außerordentlich geringer Aufnahmefähigkeit des inländischen Kapitalmarktes eintritt, so ist von dem Beginn einer Beschränkung des Fortschrittes der Konjunktur möglich, und zu befürchten.

Eine wichtige Rolle spielt dabei der Zinssatz. Die Finanzierung desselben erfolgt heute bei uns zum Teil aus öffentlichen Mitteln. Diese Zwangsanzahlbildung für den Wohnungsbau ist aber nicht ausreichend, um den Neubau auch nur im bisherigen Umfang in Gang zu halten. Im Anfang des Jahres 1927 war es noch möglich, am inneren Kapitalmarkt erhebliche Summen für die Baufinanzierung aufzubringen. Gegenwärtig fehlen die Quellen des inneren Kapitalmarktes außerordentlich spärlich. Die Aufschübehaltung des Wohnungsbau-

Die Finanzierung desselben erfolgt heute bei uns zum Teil aus öffentlichen Mitteln. Diese Zwangsanzahlbildung für den Wohnungsbau ist aber nicht ausreichend, um den Neubau auch nur im bisherigen Umfang in Gang zu halten. Im Anfang des Jahres 1927 war es noch möglich, am inneren Kapitalmarkt erhebliche Summen für die Baufinanzierung aufzubringen. Gegenwärtig fehlen die Quellen des inneren Kapitalmarktes außerordentlich spärlich. Die Aufschübehaltung des Wohnungsbau-

Dans Johst liest in der Moritzburg.

Die Physiognomie eines Dichters enthält sich dem Genieenden nichts stärker, als wenn ich beide als Gebende und Nehmende gegenüberstehe. Die Wechselbeziehungen werden immer, das Interesse des Dichters am Publikum erhöht sich, das Interesse des Publikums am Dichter wird wärmer. Dans Johst, den die Döllschle Literaturgemeinde bisher nur von der Aufführung eines Dramas kannte, begann gestern abend mit einer Skizze, die im Malexikon einprägung war, in der Sinne und im Ausdruck ihrer Fälschung stark ausgeprägt zeigte. Johst las diese Skizze mit der Wärme des Dramatikers und mit der Stärke des Lyriker. Beide Elemente verdienen sich bei der Aufnahme durch die Zuhörer zu einer achtunggebenden Aufmerksamkeit. Dem Rest des Abends bildete der Vortrag von dem aemilischen Genie. Es geht man dort ein angedeuteter Mangel bei lebendem Dichter ab, so kann man Johst attestieren, daß er sein Werk zu überaus großer Wirkung gebracht hat. Vortrefflich gelang ihm die Mischung von höchster dramatischer Aktivität und tiefsten sich Verlieren an die Idee und den Menschen. Wohl man diesen Eindruck rein auf sich wirken, so möchte man wohl glauben, daß der Dichter Dans Johst als Dramatiker eine Zukunft blüht. Ein Urteil darüber ist jedoch deshalb nicht möglich, weil sich Johst — erstzuklärend nicht — nur auf die Reaktion einzelner besonders wirksamer Szenen beschränkt und deshalb kein Gefühl auf die dramatische Komposition im Rahmen eines geschlossenen Kunstwerks nicht aufkommen konnte.

Der Abend war sehr anregend, das Publikum sehr unpolitisch und der Saal leblich auf. Bei dem 6. Dramen liest E. St. der schlesische Dichter und Freund Gerhart Hauptmanns. Sch.

Stinberg-Aufführung in Dresden.

Im Etanilligen Schauspielhaus in Dresden gelangte ein im Rausch Stinbergs aufgenanntes Schauspiel „Dezire die Ritter“ zur Aufführung. Das Stück soll von dem historischen Hintergrund des Kampfes zwischen Schweden und Dänen um 1500 den ewigen menschlichen Kampf des Guten mit dem Bösen sinnfällig machen. Alle Güte, alles menschlich Wertvolle hat der Dichter auf den Reichsrunder Eten Sire, den „letzten Ritter“, geföhrt, bei, ein reiner Zerr, trotz des Rates seiner Freunde die unglücklichsten politischen und militärischen Dummheiten anstellt und schließlich an ihnen und der Bosheit der Feinde zugrunde geht, nachdem er vorher noch in der Religion (wie der Dichter) Hilfe gesucht hat. Das Ganze ist ein schwaches dramatisches Feuerwerk, das wenig genug vom genialen Seelenkrieger Stinberg, vom kornigen Frauenhafter und Kämpfer um höchsten Menschentum ahnen läßt. Kaum ein dem Dichter hier Menschen gelungen. Der Draht, an dem die Personen wie Puppen hin- und herbewegt werden, ist nur allzu oft sichtbar. Eine vornehme, stolische und leicht ferliche Aufführung hatte Resonanz vermerkt. Der trotz hervorragender sprachlicher Leistungen von die Anteilnahme des Publikums matt und der Weisheit mäßig. Der zeitliche „letzte Ritter“ hat uns nur noch wenig zu sagen. — Gleichgültig fand im Reichsrunder Eten Sire, der Dichter unter der Spieltheater des Dichters G. Schamas die Aufführung einer „Tragödie des Geistes“ mit dem Titel „Krieg und Fingeringung“ von Alfred Bräunel und hat. Reber offenbare sich dieses „letzte Spiel“ um das philosophische Spiel von der Gebundenheit des Geistes und um seine Selbstentfaltung (immer um der Preis einer Schuld) und eine „finsternen Mächten der triebhaften Natur“ als ein bis zur Unberührbarkeit mit Symbolen überladenes Stück, dessen Aufführungsmöglichkeiten die menschlichen und sprachlichen Kräfte des Theaters weit übersteigen.

Die nächste Dramen des Stinbergs sind: „Hörsam am 20. November und „Ein Spiel von Tod und Liebe“ von Eten Sire, am 21. Dezember. Die Stinbergsche Dichtung ist „Krieg und Fingeringung“ von Eten Sire gegeben.

Das Metall der Zukunft.

Der Konkurrent des Aluminiums.

Einwanderer und Entdeckungen haben ihre Schicksale. Für gewöhnlich bergelt, daß jede Entdeckung zweimal gemacht wird. Das erste Mal durch irgendeinen Gelehrten. Dessen Name wird dann notiert, um nicht vergessen zu werden, wodurch für gewöhnlich das Bergelwerden nur beschränkt wird. Die Entdeckung wird registriert und ist damit — um eben registriert. Noch einiger Zeit wird die Entdeckung noch einmal entdeckt — durch die Wirtschaft. Und siehe da! Sie lebt wie ihr zu Gold!

Genau so ist das Schicksal des Leichtmetalls Beryllium. Der deutsche Chemiker Wöhler, ein in der Gelehrtenwelt hochgeachteter Name, entdeckte vor nunmehr hundert Jahren das Beryllium. Der hat in der breiten Öffentlichkeit bis vor kurzem davon wenig gehört? Niemand. Denn das Beryllium des Beryllium ist so selten zu sein, daß dieses Metall niemals in unserem Wirtschaftsleben eine Rolle hätte spielen können.

Nun meldet vor einiger Zeit eine ganz neue, ungeliebte Londoner Beryllium, in Kanada gefunden worden, eine — größtenteils englische — Kapitalgruppe habe sich zur Ausbeutung der Beryllium bereits zusammengelunden. — Eine Umwälzung auf dem Gebiet des Flug- und Automobilwesens.

Die Leichtmetalle sind für die technischen Erfindungen der Neuzeit schlechthin die Voraussetzung gewesen. Beispielshalber: die Erobering der Luft ist ohne das Aluminium gar nicht denkbar, das alle anderen Metalle viel zu schwer sind. Wohl hat man versucht, alle möglichen Aluminiumlegierungen herzustellen, die zwar leichter als Aluminium, aber infolge ihrer allzu geringen Widerstandsfähigkeit nicht praktisch verwendbar waren. Nun tritt das Beryllium mit Aluminium zum Konkurrenzkampf an, der bisher für das Be-

ryllium ausschloßlos erschien, das es in für praktische Zwecke viel zu geringen Mengen vorkam und ergötztant viel leichter.

Nach gar nicht anfangender Zeit war der Ansofortspruch für ein Gramm Beryllium achtzigmal so hoch wie ein Gramm Gold!

Das Beryllium ist nun ein Drittel leichter als Aluminium und viel leichter als dieses — fast so hart wie Glas. Die Zähigkeit dieses neuen Leichtmetalls ist so groß, daß man sich leicht, tie in Zahlen ausbreiten. Einen ungefähren Begriff von der Dehnbarkeit des Beryllium vermittelt die Tatsache, daß das Beryllium zu Blättern gebogen werden kann, dessen Dicke Bruchteile von einem Zehntel Millimeter beträgt. Kontingenzstrahlen geben, daß es ohne den geringsten Widerstand zu finden, durch dieses Metall hindurch.

Es heißt, daß die Fundstellen in Kanada mehr Beryllium aufweisen, als die anderen der Erde zusammen. Durch intensive Ausbeutung der Beryllium hofft man, den Weltmarkt zu füllen, das Beryllium erfolgreich mit dem Aluminium konkurrieren zu lassen. Beryllium ist, doch bereits errogen wird, Automobile und Flugzeuge aus Beryllium zu bauen. R. K.

Eine Himmler in Moskau. Gestern fand in Moskau die Grundsteinlegung zur ersten Himmlerfabrik der Konjunktur statt, für deren Bau und Ausrüstung 5 Millionen Rubel bereitgestellt wurden.

Stahlwerke. Aus dem Bureau wird mitgeteilt: Die Verträge der Reichsregierung, ein großer alter Vertrag der griechischen Dichtung, erschienen in der lebendigen Reduktion von Dr. Wilhelm Bräunel aus dem Jahre 1927, unter dem Titel „Das Reich und die Welt“, durch das die Dichtung des Reichs dem Königreich Griechenland anvertraut wurde, und durch die die Reichsregierung abgeteilt und einvernehmlich geschlossen. Der Vertrag ist die Erfüllung am 11. Dezember, 10 Uhr, mit dem 22. November geschlossen.

Kinderesentführung durch den Baron von Bleichroeder.

Bleichroeder in Untersuchungshaft.

In Dresden wurde dieser Tage der Baron und das Kinder mädchen Anzeige wegen Entführung des Kindes gemacht. Der Baron von Bleichroeder aus Berlin ist seit langem in Untersuchungshaft über ihn verhängt. Die Verhaftung erfolgte im Zusammenhang mit einer Kinderesentführung. Die Schwestern des Verhafteten, Julie von Bleichroeder, war seit etwa 10 Jahren mit dem Kaufmann Herzog in Weiden Heirat in Dresden verheiratet. Seit dem Frühjahr lebte das Ehepaar jedoch getrennt, wobei das aus der hervorgegangene Kind, ein Knabe von 3 1/2 Jahren, der Obhut des Vaters unterstand. Nach nachdem die Ehe gescheitert worden war, blieb das Kind durch Gerichtsbeschluss dem Vater angeschlossen. Da die Mutter auf gütlichen Wege eine Ueberlassung des Kindes nicht erlangen konnte, schritt sie zur Entführung. Anfang September kehrte das Kind zurück und wurde dem Knaben von einem Spähergang nicht mehr zurück und sind seitdem verjüngt worden. Es steht fest, daß sie zusammen mit Frau Herzog ins Ausland gereist sind. Der Vater des Knaben ersuchte gegen die geschehene Frau

Kindesentführung Anzeige wegen Kinderesentführung. Im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, daß der Bruder der Frau, Edgar von Bleichroeder, bei der Entführung beteiligt war und alle drei in seinem Besitz wegen nach Paris gebracht hat. Edgar von Bleichroeder weigert sich einzuwillen, irgendeine Auskunft über den Aufenthalt seiner Schwester und des Kindes zu geben.

Berlin, 22. November. (Privattelegr.) Zu der Verhaftung des Barons Edgar von Bleichroeder, der, wie mitgeteilt, unter dem Verdacht der Beihilfe zur Kinderesentführung festgenommen wurde, melbt die „Vossische Zeitung“, daß sein Rechtsbeistand Gattenlaffungstrag gegen Stellung einer Reuektion von 10 000 Mark gestellt hat, mit der Begründung, daß der Beschuldigte Deutschland nicht verlassen werde. Das Gericht wird sich heute mit diesem Antrag befassen.

Verhaftung einer Geldfälscherbande.

Den berechneten Bemühungen der Breslauer und Dresdener Kriminalpolizei ist es gelungen, eine weitverzweigte Geldfälscherbande zu ermitteln, die sich vor allem mit der Herstellung falscher sächsischer Banknoten befaßt. Mitglieder dieser Banden sind Mitglieder der Bande verhaftet. Auf ihre Spur war man in Breslau gefahren, wo in einer Großbank etwa 70 000 Tische gefunden, angeblich zu Einflüssen in Deutschland, in bezug auf Geld eingewechselt wurden. Die Kronen gingen von der Breslauer Zentrale zur Zentrale nach Berlin und von dort zur Zentrale nach Prag. Hier wurde die Fälschung festgestellt. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit führte auf die Spur des Dresdener Buchdruckers Köhler, der bereits wegen Fälschung von Zigaretten-Banknoten im Auftrag des Landesfinanzamtes verhaftet worden war. Weitere vier Personen konnten wegen Beihilfe zum Münzerbrechen verhaftet werden. Es handelt sich um einen 35 Jahre alten Lithographen Alfred Fahrman aus Gohlsheide, den 33 Jahre alten Kaufmann Johann Schriener aus Dresden, den 33 Jahre alten Viehhändler Emil Hartmann aus Genuade und einen 38 Jahre alten Landwirt Georg Duffl aus Gauen. Köhler, der im Jahre 1925 aus dem Zuchthaus entlassen worden war, hatte zunächst in Genuade und später bei Duffl eine Fälscherwerkstatt eingerichtet.

Der Bau des Transatlantik-Dampfers.

Bis Mai nächsten Jahres fahrbereit. Berlin, 22. November. (Privattelegr.) Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ dürfte das in Friedrichshagen in Bau befindliche Dampfschiff, in dem fünf Motoren mit je 200 PS eingebaut werden, bis Mai nächsten Jahres fahrbereit sein. Nach den Verdicten ist für den Sommer eine Transoceanfahrt vom Vorden nach Nordamerika und zurück geplant. Der erste Flug nach Südamerika zur Vorbereitung des geplanten regelmäßigen Transatlantik-Verkehrs nach Südamerika ist für Oktober nächsten Jahres angesetzt. Bis zur Vollenbung der Hallenbauten in Sevilla, Rio de Janeiro und Buenos Aires sollen dort

Kaltere und Hitze.

Die außergewöhnliche, plötzlich eintreffende Kälte, deren unangenehme Wirkung durch einen starken Ostwind noch erhöht wird, hat ihren Höhepunkt, soweit in Betracht kommt, in Ostpreußen. Hier wurden in der Nacht vom Sonntag zum Montag Temperaturen bis zu 17 Grad Kälte festgestellt. Der Westen Deutschlands ist von dieser Kälte allerdings noch verschont. — Von einer außergewöhnlichen Eigenheit berichten Nachrichten aus der argentinischen Provinz Santiago. Hier wurden in den letzten Tagen Wärmtemperatur bis zu 45 Grad Celsius erreicht.

Millionenerbschaft einer Bekäuflerin.

Konstanz, 22. November. (W.F.) Wie die „Konstanzer Zeitung“ berichtet, erhielt eine hier tätige Bekäuflerin jetzt die amtliche Mitteilung, daß sie die Erbin eines Vermögens von acht Millionen holländischer Gulden (etwa 15 Millionen Reichsmark) geworden sei. Ein in holländisch-Indien verforbener Bekäufner hat vor etwa 40 Jahren ein ansehnliches Vermögen hinterlassen. Seit dieser Zeit schmeißt ein Prozeß um dieses Geld, der jetzt auf Kosten der Verwandten des Verstorbenen entzwickelt wurde. Dadurch erben diese das mittlerweile auf 80 Millionen holländische Gulden angewachsene Vermögen, das in zehn Teile zerfällt.

Wohnungsbau, auch nur in seinem bisserigen Umfang, ist also vom Zustand des ausländischen Kapitals entscheidend abhängig. Daß eine solche Verwendung von Auslandskapital im besten Sinne des Wortes produktiv ist, kann nicht bezweifelt werden. Die Bauindustrie ist untere wichtige Schlüsselindustrie; sie wird allen anderen Industrien Arbeit geben und den Arbeitsmarkt ganz allgemein stützen. Man kann sagen, die Fortentwicklung der Konjunktur ist zum Teil davon abhängig, wie es in Zukunft auf unserem Bauplätze ausfallen wird.

Wenn man angeht die Zusammenhänge die Kampagne des Reichsbankpräsidenten gegen die Auslandsbanknoten öffentlichen Kassenbesitzeren bezweckt, die zum Teil von der gegenwärtigen Reichsregierung unterstützt wird, erkennt man so recht, wie stark zurzeit die Politik auf das Wirtschaftslieben zurückwirkt. Wir glauben zwar nicht, daß es im wesentlichen in der Hand einer Regierung liegt, wirtschaftliches Wetter zu machen; es besteht aber die Gefahr, durch verfehlte wirtschaftspolitische Maßnahmen eine bestehende Konjunktur in ihrer Fortentwicklung zu gefährden. Rät man sich durch eine kurzfristige reparationspolitische Einstellung und durch feindliche Haltung gegen die Wirtschaft der öffentlichen Hand dazu verleiten, den gefunden, nur produktiven Zwecken dienenden Kapitalzufluß aus dem Ausland zu unterbinden, so kann man eine aufsteigende Konjunktur, die an sich von den Merkmalen der Ueberheißung durchaus frei ist, zum Erliegen bringen. Dieser Gefahr sind sich Regierung und Reichsbankpräsident in der letzten Zeit leider nicht in dem Maße bewußt gewesen, wie es den wahren Interessen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes entsprochen hätte.

Auch die westdeutschen Gemeinden gegen Schacht.

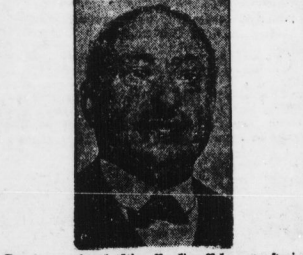
Berlin, 22. Nov. (Privattelegr.) Zurzeit finden laut „Vossischer Zeitung“ zwischen den westdeutschen kommunalen Verbänden Bestrebungen statt zur Einleitung einer gemeinsamen Protestkundgebung der deutschen Gemeinden gegen die vom Reichsbankpräsidenten Schacht in seiner Vochumer Rede erhobenen Vorwürfe über die Ausgabenwirtschaft der deutschen Gemeinden. Der Reichsbankpräsident soll aufgefordert werden, letztere hinterlegen für seine Behauptungen zu beschaffen. Diese Kundgebung soll nach dem Erscheinen der angeforderten Denkschrift des Städtebundes erfolgen.

Vorschläge für die französische Verfassungsreform.

Paris, 22. November. (Radiomeldung.) Die „Revue“ veröffentlicht von Blum das Programm der Sozialistischen Partei für die Verfassungsreform. Es verlangt vor allem, daß die Souveränität des Volkes insofern ihre praktische Erweiterung findet, als in der Verfassung die allgemeine Volksabstimmung eingeführt werden muß. Man dürfe sich nicht weiterhin mit einer bequemen Verweigerung zwischen Parlamentarismus und politischer Demokratie begnügen. Wichtigkeit sollten die Rechte des Senats zunächst stark beschnitten und der Senat dann vollkommen abgeschafft werden. Die Sozialisten verlangen eine einzige, allein verantwortliche Volksvertretung. Daneben müsse der Verfassungsrat gestärkt und sein Weisungen in die Verfassung aufgenommen werden.

Seine Verbindung mit den Eisenbahn-Führern. Der sozialdemokratische Genfer Vertreter der georgischen nationalen Regierung, Chelichvili, deren Präsident Jordan im Exil in Paris lebt, erklärt im Namen und Auftrag des letzteren, daß die georgische nationale Regierung mit der in Frankfurt aufgedeckten Eisenbahn-Rotenfälschung nicht das geringste zu tun und mit den verhafteten Arbeitern keinerlei Beziehungen unterhalten hat.

Die Pariser Fälschungs-Geschichte.



Der international tätige Bankier Blumenstein (unser Bild), ein schweizerischer Mann, hat ungarische Wertpapiere, die in Ungarn vollkommen wertlos waren, nach Paris bringen lassen, dort mit falschen Stempeln versehen, die beizubringen sollten, daß diese Papiere französischen Eigentümern vor dem Kriege gehört haben, und dann an den französischen Banken einliefert. Auf Grund des Friedensvertrages war die ungarische Regierung verpflichtet, diese Papiere einzulösen. Blumenstein soll auf diese Weise 20 bis 30 Millionen Franken erworben haben. Aufsehend hat er einen ähnlichen Coup auch mit österreichischen Papieren versuchen wollen und ist daran nur durch seine Verhaftung gehindert worden. Auch diese Affäre wird noch weitere Kreise ziehen.



Die neue RARITÄT IM ORIENT-FACON

In blauer Packung

Sie wissen, dass Sie von Halpaus immer etwas Besonderes erwarten können, dass etwas Neues von Halpaus immer etwas Besonderes ist.

In diesem Sinne bieten wir Ihnen unsere neue Rarität in der blauen Packung und bitten um Ihre strengste Kritik.

Es liegt am Tabak! Darum sind Halpaus-Cigaretten besonders gut. Bitte prüfen Sie Halpaus.

RARITÄT IM ORIENT-FACON

4 Pf.

Wie prüft man eine Cigarette?

Die kritische Würdigung einer Cigarette darf man nicht in der Hast des Tages und der Arbeit vornehmen. Man prüfe nicht mit leerem Magen oder nach kräftigen Gerichten. Deshalb empfehlen wir Ihnen, werden Sie unsere neue „Rarität“, indem Sie sie als erste Cigarette früh am Tage gleich nach dem Morgenfrühstück rauchen. So werden Sie ungehindert von anderen geschmacklichen Einflüssen die weiche, mild-aromatische Qualität schätzen lernen.

Die Reform des Landpostwesens.

Der Verwaltungsrat der Reichspost beschäftigt sich mit der Frage über die Regelung des Landpostwesens. Die Deutsche Reichspost bedarf, die vielfach geäußerten Wünsche darüber zu erfüllen, daß sie zur Überwindung der Entfernungen...

Der 'Schwamm' schäumt. In der Zeit vom 1. März 1926 bis zum 31. März 1927 wurden im deutschen Reichgebiet, von dem 20. März bis zum 20. April 1927, 8.36 Millionen ganze Pfandgen. Braubiergärten...

Sozialkreis

Heinrich. Zu dem Eifersuchtsdrama, daß sich dieser Tage im benachbarten Döllitz abspielte, wird jetzt noch folgendes hinzugefügt: Am Abend zum Festzuge, der im Gasthof 'Sozial' stattfand, wurde die Frau, die den Herrn begleitet hatte, von dem Herrn...

Agitationstheater der SPD.

Aus der Stadtverordnetenversammlung in Merseburg.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung stand im Zeichen der Agitation. Die Kommunisten wollten wieder einmal die Aufmerksamkeit der Bürger auf sich ziehen...

Der 'revolutionsäre Arbeiterbetrieber' als Schussengel des hochheiligen Bürgerkriegs. Der Genosse Krüger gab dieses Gebaren des neuen Weltbildes in trefflicher Weise zum Ausdruck...

Der Gemeindefratz. Der Gemeindefratz wurde (sichtlich) der Forderung angenommen. Die nächsten drei Punkte brachten ausschließlich flüchtigen Pläne zur Verhandlung...

Die SPD. nur eine neue Agitationsunterlage benötigt.

Der Genosse Grimm gab Ihnen von vornherein die gewünschte Antwort. Er sagte Ihnen die Durchsichtigkeit ihres Wanders auf den Kopf zu und erklärte, ein betriebsloses Spiel mit Arbeiterinteressen...

Die Kommunistenfraktion wolle ganz genau, daß der Antrag nicht angenommen werden kann, auch nicht angenommen wird, aber den Arbeitern nicht gesagt werden, daß ihre Interessen bei Überlegung nachgegeben werden...

Der Gleisbau auf der Straße Halle-Weißfels.

Der Verkehrsverein für Merseburg wird mitgeteilt, daß sich die Reichsbahndirektion Halle bereit erklärt hat, beim Ausbau der Gleise auf der Straße Halle-Weißfels die Merseburger Anlagen am Gleisbahnhof zu übernehmen...

Noten Bräutertanz soll ebenfalls eine Fußgängerunterführung geschaffen werden, um das Gehen der Fußgänger an den verschlossenen Schranken zu vermeiden. Der Wunsch der Regiergänger geht allerdings nicht ein. Unterbrechung im Zuge der Schloßstraße...

Der ferner erbetene Wunsch der Regierung des Reichsbahnhofes, die Kosten einer Unterführung zu tragen haben, sollte eine solche für notwendig anerkannt werden...

Wägenstrom für Kellern in den Weinbergen. Die Kellern der Weinberge sind in den letzten Jahren, die bis 22 Uhr abgefahrenen (Schulferien) umgeben sind, einen Ausnahmefall darstellen...

Stimmen. Die Angekellertenfraktion wagt. Die Vertagung an der im letzten Stimmbezirk stattgefundenen Wahl war eine sehr gute, denn es haben von etwa 800 Wahlberechtigten 729 gewählt...

Kreis Sangerhausen.

Die Angestelltenveränderungswahlen in Sangerhausen-Stadt.

Am vergangenen Sonntag fanden in Sangerhausen-Stadt die Wahlen zur Angestellten-Veränderung statt. Die Beteiligung war sehr hoch...

Gummikosensträger, -Bänder, Turnschuhe, Dauerwäsche Gummibieder, 9r. Steinstraße, Nähe Markt

Am Rundfunk des Lebens

Roman von Leo Alexi

16 Bleiben Sie hier, wenn es Ihnen nicht zu schwer wird. Ich würde Sie sehr, sehr vermischen. Ihre erste Aufgabe, Sie zu verstehen, hat mir den schönsten Anfang sehr gemacht...

gewesen. Und das war entschieden die beste Wende von körperlichen Schmerzen. 'Aber was haben Sie?' 'Er sagte vor seinem...

haben wir. Aber das ist ja bei Ihnen ja so ganz anders. Ich habe eine Ahnung! Ich sage Sie jetzt. Was sagen Sie aber, wenn ich Ihnen erlaube, daß ich...

Wollt sich in Schwärmen von streifenden Goldfischen aus den Palmen her vor und bunte sich in langen himmelnden Streifen über dem klaren, grünen...

Das kleine fremde Wort hielt nicht ihnen. Er merkte nichts. Da fiel der Schlag eines Auhers, stark wie ein Schwertstreich, neben ihm...

Über dem Gräben folgte sie ihm. Der Sonnenchein flimmerte in lauten goldenen Wellen auf der alten zerfallenen Mauer...

Er rüch wie ein Fieberfieber. 'erklärte er trocken. Dann änderte er das Thema. 'Also, es bleibt dabei, ich besorge den Brief. Und dann...

Leo Alexi trieb sein kleines Boot mit leisen, langsamen Ruderschlägen auf der grünlichen See an. Er war sehr froh, daß er nicht...

Das mußte Sie selber wissen. Also muß man fragen. Man kann sogar das halbe tun. Aber man muß wissen, daß es falsch war. Was hat Sie denn eben, Doktor?...

(Fortsetzung folgt.)

Dies Lob genügt.

Einweihung des Reichsarbeitsgerichts.

Reichsarbeitsgericht löst die politische Rechtsprechung des Reichsgerichts.

Am Sonnabendvormittag statteten der Reichsjustizminister Dergl sowie der Reichsarbeitsminister Dr. Braun dem Reichsgericht einen Besuch ab. Gleichzeitig wurde die Reichsarbeitsgerichts eingeweiht. Dieser Feier wohnten alle erannten Reichsarbeitsrichter sowie ein Anzahl geladener Gäste bei. Dergl hielt eine längere Rede, die besagen sollte, daß ein Verfassungsartikel in der Verfassung nicht feststeht, was aber die Reichsjustiz nicht in der Verfassung des Reichsgerichts eintritt, das war die außerordentliche Ausdehnung der rechtskräftigen Reichsgerichtsentscheidungen auf politischen Gebiet. Er haben wir immer noch empfunden, daß das Reichsgericht damit zeitweilig in den Vordergrund der lebensdienlichen Arbeit gestellt wurde. Aber zur Gewissensberuhigung läßt sich sagen, daß es auch das letzte Unrecht des Reichsgerichts der Volksgemeinschaft (7) war, das ihm diese Aufgabe zugewiesen hat. Was das Reichsgericht stets die Pflichten eines wahrhaft obersten Richterorgans darstellten, damit seine Tätigkeit dem Volke zum Segen gereide und ungehindert wird die Volksgemeinschaft ihm das danken und auch weiterhin anerkennen, so seinen höchsten Richter auf dem Wege des Rechts.

In diese Rede knüpfte sich eine Ansprache des Reichsarbeitspräsidenten Dr. Simons an. Derselbe erfolgte die Begründung der Reichsarbeitsrichter durch den Reichsarbeitsminister Dr. Braun. Braun erklärte, er ist erfreut darüber, daß das Reichsarbeitsgericht nunmehr eine neue Verbindung aus seines Ministeriums mit diesem höchsten Gericht hergestellt ist. Er hofft, daß die Reichsgerichts die Aufgabe des Reichsgerichts der neuen deutschen Republik sein. Es soll in gemeinsamer erster Arbeit von Berufsrichtern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Bindung und Wahrung des Rechts das deutsche Rechtsverständnis und die Rechtsprechung anerkennen, so wie zum Wohle des Volkes und des Reiches wünschen.

In die Rede des Reichsarbeitsministers schloß sich ein Ansprache des Reichsarbeitsministers Dr. Braun, der Vorsitzende des Reichsarbeitsgerichts ist. Gleichzeitig wurde die neuen Reichsarbeitsrichter in ihr Amt eingeführt. Wie wir mit den Ansichten des Reichsarbeitsministers im allgemeinen nicht übereinstimmen, so im besonderen nicht mit seiner Meinung über die Rechtsprechung des Reichsgerichts in politischen Prozessen. Dort hat das Reichsgericht vielfach eine Stellung eingenommen, die wir als unzulässig und unangebracht ansehen. Wir erkennen nur an der nationalen Einheit, die über Kommunisten gestellt wurden, daß es die Reichsgerichts in politischen Prozessen ansetzte. Auch die Zielumkehrung des Reichsgerichts in der Justizreformfrage ist nicht gerechtfertigt, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Vom höchsten Vertreter der Volksgemeinschaft ist aber das Reichsgericht, soweit es sich um die politische Rechtsprechung in Frage stellt, nicht getragen. Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts eine bessere sein wird, wollen wir zunächst abwarten. Wir hoffen es aber.

Beitragung des DMB.

Der Erweiterte Beirat des Metallarbeiter-Verbandes nahm dieser Tage in Stuttgart zum vorläufigen Abschluß die Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsamt in die Hand. Man beabsichtigt sich mit den Einmündigen, die Unternehmern auf der vor kurzem im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Konferenz gegen die Einführung der dreigleichen Schicht vorgelagert haben. In praktischen Hinsichten auf die Möglichkeit von Erwerbungs- und Beschäftigung nachzugehen, daß nach Einführung der dreigleichen Schicht die Leistung pro Kopf sich beträchtlich erhöht hat, so daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmern beträchtlich gewonnen haben. Die Einführung des Beirats fand ihre Wiederholung in einer Entscheidung, die nach mehrfacher Ausdeutung einstimmig angenommen wurde. Darin wird die von den Vertretern des Verbandes bei den Verhandlungen eingebrachte Idee Salzung von noch weiter eine Staatsaufhebung der Verhandlung im ganzen noch für eine Ablehnung der Beirats, sondern nur ihre kritische Würdigung zum 1. Januar 1928 unter Gewährung des vollen Lohnausgleichs in Frage kommen kann, jedoch bejaht. Der Beirat wird die Durchführung der Verhandlung wie bisher entscheiden und nach Möglichkeit zu betreiben und erforderlichenfalls auch das Mittel der Arbeitsverteilung zur Anwendung zu bringen, wenn auf dem Wege weiterer Verhandlungen keine befriedigende Regelung erzielt werden kann.

Der Beirat beabsichtigt sich u. a. noch mit dem Plan für eine Anwalts- und Altersunterstützung des Verbandes. Danach erhält ein Mitglied, das in den Genuß der finanziellen Anwalts- oder Altersunterstützung vom Verband gleichfalls eine Unterstützung. Die Unterstützung beträgt in der ersten Beitragsklasse bei einem Wochenbeitrag von 30 Pf. je nach der Zahl der geleisteten Beiträge 20 bis 30 Pf. im Monat, bei den unteren Beitragsklassen entsprechend weniger. Die Unterstützung soll nach dem Gehälter der Mitglieder im Verhältnis zu dem Gehälter der Mitglieder, die den Verband schon 20, 25, 30 und mehr Jahre angehören, voll man die Beiträge verdienen so daß sie viel eher der Unterstützung teilhaftig werden.

Der Plan wurde einstimmig bejaht, doch wurde

gewünscht, den Beginn der Unterstützung nicht an die finanzielle Altersgrenze zu knüpfen, sondern schon bei 60 Jahren wirksam werden zu lassen. Einmal sollen die Mitglieder des Verbandes noch mehr als vorher beschäftigt werden. Weiter wurde vorgeschlagen, für die weiblichen Mitglieder diese Unterstützung nicht obligatorisch zu machen, weil nur wenige Arbeiterinnen so lange als die Männer in der Industrie tätig bleiben. Diese Vorschläge sollen, wenn irgend möglich, berücksichtigt werden. Der abgeordnete Entwurf wird der Mitgliedschaft zur Förderung unterbreitet, ehe der Verbandstag endgültig beschließt. — Zum Schluß wurde noch die Überlegung des Vorstandes nach Berlin besprochen. Der Verband hat der nächste Verbandstag das letzte Wort zu sprechen.

Streik in der Schwerindustrie des Saargebietes.

Saarbrücken, 22. November. (Rabbiner.) Ganzlich nach dem Schiedsgericht in der Schwerindustrie des Saargebietes hat am Montag der Streik begonnen. Obwohl in den Röhrling Eisen- und Stahlwerken in Böttlingen, als auch in der Burbacher Hütte haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiterchaft der Burbacher Hütte hat sich dem Streik angeschlossen. In Saarbrücken kommen 8500 Arbeiter.

Aufsperrung der westdeutschen Kanalarbeiter.

Die Situation in westdeutschen Kanalarbeiter hat sich verschärft, da die Arbeitgeber immer mehr das gesamte Personal, also auch die Linienarbeiter, stillsetzten entlassen haben und aus dem Streik eine Aufsperrung geworden ist. Die Verhinderung des Sohnschlusses durch die Aufsperrung und auch die Arbeiterchaft zu früheren Maßnahmen zwingen. So wird man nun auch die Kleinschiffahrt, die bisher fast unbesorgt blieben, etwas später ansetzen müssen.

Verhandlung der Maschinisten und Feiler.

Der 16. ordentliche Verbandstag der Maschinisten und Feiler wurde am 20. November in Frankfurt a. M. eröffnet. Neben den Delegierten war eine große Anzahl von Delegationen aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen erschienen. Der Verbandstag wurde von Vorsitzenden des DMB, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des DMB und Delegationen der Maschinistenverbände von England, Danemark und der Löhnschlichter waren gleichfalls erschienen. Der Verbandstag wurde von Vorsitzenden des DMB, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des DMB und Delegationen der Maschinistenverbände von England, Danemark und der Löhnschlichter waren gleichfalls erschienen. Der Verbandstag wurde von Vorsitzenden des DMB, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des DMB und Delegationen der Maschinistenverbände von England, Danemark und der Löhnschlichter waren gleichfalls erschienen.

Mitgliederbestand eine sehr zufriedenstellende Entwicklung.

zu verzeichnen habe. Es konnte eine außerordentlich günstige Entwicklung der Vermögensverhältnisse des Verbandes und seiner veranlagungsreichen Einrichtungen festgestellt werden. Auch die Zahl der Mitglieder hat sich in den letzten Jahren bedeutend erhöht. Die Streikunterstützung erfuhr eine Erhöhung um mehr als 25 Prozent. Ein neuer Zweig, die Inhabilitäten- und Altersunterstützung, konnte schon fast vollständig nach dem alten Statut schon mit Wirkung vom 1. Januar 1928 voll in Kraft gesetzt werden.

Im Geschäftsbericht, den der Vorsitzende die Rede erläuterte, wird zunächst die Einwirkung der Umstellung in der Industrie auf die Entwicklung des Verbandes berührt. Bei der Errichtung von Großaufstellen, der Zusammenlegung der Werke und anderer technischer Verbesserungen ist es fast ein Wunder, daß der Verband noch 4500 Mitglieder in der Hand behalten habe. Trotz aller Schwierigkeiten ist es dem Verbande gelungen, die Löhne so zu regeln, daß der durchschnittliche Stundenlohn im Reich von 45 Pf. im Jahre 1924 auf 98 Pf. im Jahre 1927 erhöht werden konnte. Die Zahl der Tarifverträge ist im Jahre 1927 insgesamt um 190 betragen, heute bestehen 355 Tarifverträge, an denen der Verband beteiligt ist. Die Tarifpolitik in den Metallindustrien mußte mit größter Vorsicht behandelt werden, denn die ganze Wirtschaft wurde dabei in Mitleidenschaft gezogen. Der Kampfmethoden in den Metallindustrien, beruhend auf der Erwerbslosigkeit von Jahre 1920, mühten endlich einmal geändert werden.

Reise ging dann auf eine Zusammenkunft in der Gewerkschaft. Er erwähnte dabei auch die großen Schwierigkeiten bei den Zusammenkünften der Arbeiter, Transportarbeiter und Maschinisten. Sollte es einmal zur Verwirklichung kommen, dann könne der Verband nur als Ganzes in eine große Organisation übergehen. Der Mitgliederbestand des Verbandes mit dem Metallarbeiterverband habe zu einem guten Zusammenarbeiten geführt. Die Metallarbeiter und Maschinisten hätten den Dresdener Beschluß erfüllt gehalten. Nach einem Hinweis auf das Vorgehen der Arbeitgeber behauptete die Bildung der Reichsarbeitsgerichtsbarkeit durch den deutschen Industrie- und Gewerkschaftsverband.

Aus aller Welt.

Schwere Verkehrsstörungen und Unglücksfälle in Leipzig.

Leipzig, 22. November. (W.Z.) Infolge des Schneefalles sind hier einige schwere Unglücksfälle zu verzeichnen. Durch einen Schneesturm, der auf den Bürgersteig für, wurden zwei Männer verletzt. Ein weiterer Mann erlitt einen schweren Sturz, als er beim Überqueren eines Grabens, die Bahnen wurde auf die Straße geschoben, wodurch der gesamte Straßenbahnverkehr gestoppt wurde. Ein Arbeiter wurde beim Überqueren eines Grabens und dem Stadienraum abgehoben. Ein weiterer Arbeiter wurde beim Überqueren eines Grabens und dem Stadienraum abgehoben. Ein weiterer Arbeiter wurde beim Überqueren eines Grabens und dem Stadienraum abgehoben.

Schiffverdrängung infolge des Anweeters.

Leipzig, 22. November. (W.Z.) Die Anweeter in der letzten Tagen hat zahlreiche Schiffverdrängung zur Folge gehabt. Der Wasserstand in der Elbe ist mit jeder neuen Regenperiode um ein bis zwei Fuß gestiegen. Infolge der hohen Wasserstände sind die Schleusen der Elbe nicht mehr zu betreiben. Die Schleusen sind durch den hohen Wasserstand nicht mehr zu betreiben. Die Schleusen sind durch den hohen Wasserstand nicht mehr zu betreiben.

Prozess um ein hinterlassenes Erbe.

Leipzig, 22. November. (W.Z.) Ein Prozess um ein hinterlassenes Erbe ist in Leipzig anhängig. Die Parteien streiten über die Verteilung des Erbes. Die Parteien streiten über die Verteilung des Erbes. Die Parteien streiten über die Verteilung des Erbes.

Standrecht gegen Streikende.

Leipzig, 22. November. (W.Z.) Ein Standrecht gegen Streikende ist in Leipzig anhängig. Die Parteien streiten über die Verteilung des Erbes. Die Parteien streiten über die Verteilung des Erbes. Die Parteien streiten über die Verteilung des Erbes.

Seefahrerstreik in Australien.

Melbourne, 21. November. (W.Z.) Der Seefahrerstreik in Australien hat sich verschärft. Die Seefahrer fordern eine Erhöhung ihrer Löhne. Die Seefahrer fordern eine Erhöhung ihrer Löhne. Die Seefahrer fordern eine Erhöhung ihrer Löhne.

Vom Arbeitsgericht Halle.

Halle, 22. November. (W.Z.) Das Arbeitsgericht Halle hat eine Entscheidung gefällt. Die Parteien streiten über die Verteilung des Erbes. Die Parteien streiten über die Verteilung des Erbes. Die Parteien streiten über die Verteilung des Erbes.

Die unbenutzten Überstunden.

Halle, 22. November. (W.Z.) Die unbenutzten Überstunden sind ein Problem für viele Arbeiter. Die Arbeitgeber sollten die Überstunden besser bezahlen. Die Arbeitgeber sollten die Überstunden besser bezahlen. Die Arbeitgeber sollten die Überstunden besser bezahlen.

Stundlohn-Programme.

Halle, 22. November. (W.Z.) Die Stundlohn-Programme sind ein Thema, das viele Arbeiter interessiert. Die Arbeitgeber sollten die Stundlohn-Programme besser gestalten. Die Arbeitgeber sollten die Stundlohn-Programme besser gestalten. Die Arbeitgeber sollten die Stundlohn-Programme besser gestalten.

Wie gut müß er sein!

... mehr als 33 Millionen Tassen Kaffeebohnen Matzkafee werden täglich getrunken. Und es wird viel Geld dabei geparrt.

12 Tassen kosten 58

